

Antrag G06: Den öffentlichen Gesundheitsdienst in Baden-Württemberg stärken

Antragsteller*in:	ASG Baden-Württemberg
Status:	angenommen
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	G - Gesundheit und Pflege

1 Den öffentlichen Gesundheitsdienst in Baden-Württemberg 2 stärken

3 In Baden-Württemberg muss jetzt vom Land die Chance ergriffen werden, den
4 Öffentlichen Gesundheitsdienst auf seine Zukunftsaufgaben auszurichten und zu
5 stärken. Dafür setzt sich die SPD ein:

- 6 • Der öffentliche Gesundheitsdienst muss über seine hoheitlichen Aufgaben hinaus
7 eine stärkere Rolle im Rahmen der Daseinsvorsorge wahrnehmen. Dazu gehören die
8 Unterstützung besonders vulnerabler Personengruppen, Gesundheitsförderung,
9 Versorgungsforschung, Gesundheitsberichterstattung, Koordination
10 unterschiedlicher Akteure im Rahmen von Gesundheitskonferenzen und
11 Gesundheitsinformation. Es bedarf auch einer stärkeren Zusammenarbeit mit der
12 Wissenschaft.
- 13 • Die Beratung der Gesundheitsämter für die Bevölkerung, besondere Zielgruppen,
14 Schulen, Kindertageseinrichtungen etc. sind nicht nur auf Anforderung zu
15 leisten. Vielmehr besteht eine Bringschuld der Ämter. Sie sind dazu personell
16 und technisch in die Lage zu versetzen.
- 17 • Die Anstrengungen zur Personalgewinnung müssen verstärkt und dürfen nicht auf
18 den ärztlichen Dienst beschränkt werden. Viele Aufgaben können durch andere
19 Berufsgruppen mit eher populationsbezogener Sicht (z. B.
20 Sozialwissenschaftler:innen, Biometriker:innen, Statistiker:innen,
21 Epidemiolog:innen oder Gesundheitswissenschaftler:innen) übernommen werden.
- 22 • Für die Aufgabenwahrnehmung beim ÖGD sind den dort Beschäftigten Fort- und
23 Weiterbildungen anzubieten.
- 24 • Es ist eine dauerhafte Beschäftigung anzustreben. Neben der verbesserten
25 Bezahlung braucht es gute Arbeitsbedingungen. Es geht darum, gut qualifizierte
26 Beschäftigte zu gewinnen, ihnen Entwicklungsmöglichkeiten zu bieten und
27 Zusammenarbeit im Team zu stärken. Dafür sind das Arbeitsklima, ein
28 Gesundheitsmanagement, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und motivierte
29 Führungskräfte erforderlich. Bei diesen Aufgaben bedarf es einer Unterstützung
30 des Landes für die Landkreise.
- 31 • Ebenfalls sind die Geschäftsprozesse innerhalb des ÖGD im Hinblick auf
32 Arbeitsbedingungen zu überprüfen.
- 33 • Sowohl in der ärztlichen wie auch in anderen Gesundheits- und Sozialberufen
34 müssen in den Lehrplänen die Aufgaben des ÖGD Eingang finden und praktische
35 Ausbildung in den Gesundheitsämtern ermöglicht werden, um das erforderliche

36 Personal zu gewinnen.